

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the shape of the Korean peninsula.

# Szenarien für die koreanische Halbinsel

Es geht um mehr als Pjöngjangs Atomprogramm

**PHILIPP KAUPPERT UND CHRISTOPH POHLMANN**

April 2012

- Der anlässlich des 100. Geburtstages des Staatsgründers Kim Il-Sung durchgeführte nordkoreanische Raketenstart hat das Ende Februar zwischen den USA und Nordkorea in Peking vereinbarte Atommoratorium in Verbindung mit Lebensmittellieferungen vorerst obsolet gemacht. Statt vorsichtiger Annäherung zeichnen sich nun wieder Konfrontation und militärische Drohgebärden auf der koreanischen Halbinsel ab.
- Der Aufbau eines stabilen Friedens- und Sicherheitsregimes in Nordostasien, verbunden mit einem Stopp des nordkoreanischen Atomprogramms sowie der Normalisierung der bilateralen Beziehungen zwischen Nordkorea und den USA, Südkorea und Japan, scheitert bislang am mangelnden politischen Willen der beteiligten staatlichen Akteure.
- Während von westlicher Seite zumeist Nordkorea als einziger Aggressor in der Region ausgemacht wird, sind es de facto rational kalkulierte strategische außen- und sicherheitspolitische Interessen der vier staatlichen Hauptakteure USA, China, Nord- und Südkorea, die bisher zu einer Beibehaltung des Status quo geführt haben. Perspektivisch droht der Korea-Konflikt ein Opfer der zunehmenden Großmächterivalität zwischen den USA und China in Asien zu werden.
- Es bedarf also neuer, kreativer Ansätze in den Sechs-Parteien-Gesprächen sowie einer stärkeren Vermittlerrolle der Europäischen Union und nichtstaatlicher Akteure, um den Konfliktparteien Auswege aus dem Nullsummenspiel hin zu einem System kooperativer Sicherheit aufzuzeigen. Um notwendiges Vertrauen aufzubauen, sollten vor allem die durchaus vorhandenen, verbindenden Wahrnehmungen und gemeinsamen Interessen der beteiligten Akteure stärker in den Vordergrund rücken.



## Inhalt

<b>1. Aktuelle Situation</b> .....	<b>3</b>
<b>2. Die Hauptakteure und deren zentrale Interessen</b> .....	<b>4</b>
2.1 Nordkorea .....	4
2.2 Südkorea .....	6
2.3 USA .....	7
2.4 China .....	8
2.5 Russland und Japan .....	9
<b>3. Szenarien zur Zukunft der Halbinsel</b> .....	<b>9</b>
3.1 »Konfrontation« .....	9
3.2 »Wandel durch Annäherung« .....	10
3.3 »Muddling through« .....	10
<b>4. Ausblick: die Rolle Deutschlands und der EU</b> .....	<b>11</b>

## 1. Aktuelle Situation

Nach dem Tod des nordkoreanischen Staatsführers Kim Jong-Il am 17. Dezember 2011 wurde in den meisten westlichen Medien darüber spekuliert, ob die Regelung der Nachfolge einen baldigen Zusammenbruch des Regimes oder zumindest eine erkennbare Instabilität in Pjöngjang bewirken würde. In Südkorea befürchtete man, dass durch den anstehenden Übergang Machtkämpfe innerhalb des nordkoreanischen Militärs entstehen könnten, die sich in Aggressionen gegenüber dem Süden äußern könnten. Das südkoreanische Militär wurde in Alarmbereitschaft versetzt und bereitete sich auf eine eventuell bevorstehende Eskalation des Konflikts mit dem Norden vor. Die etwas differenzierteren Beobachter und die wenigen Kenner der Demokratischen Volksrepublik Koreas sprachen von verschiedenen Unsicherheitsfaktoren für das Regime, die während der letzten Jahre – auch unabhängig von der Frage der Thronfolge – zugenommen hatten. Neben der Unerfahrenheit Kim Jong-Uns wären dies Konflikte um Macht und Einfluss zwischen oder innerhalb der wichtigsten Machtzentren Partei, Militär und Regierung, die anhaltend prekäre wirtschaftliche und humanitäre Lage sowie die vorsichtig zunehmenden Möglichkeiten der Information, der Kommunikation und der Mobilität für Teile der nordkoreanischen Bevölkerung. Vier Monate nach dem Tod Kim Jong-Ins hat sich allerdings keine der beschriebenen Spekulationen bewahrheitet; der von der Regierung angekündigte Übergang scheint in geordneten Bahnen abzulaufen. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass Kim Jong-Un noch für einige Zeit damit beschäftigt sein wird, seine Position innerhalb der unterschiedlichen Gruppen, d. h. der Partei der Arbeit Koreas, der Regierung und vor allem des machtpolitisch bedeutsamen Militärs, zu konsolidieren.

Die Spekulationen um die Stabilität des Regimes und die inneren Entwicklungen haben jedoch den Blick auf die regionalen Machtkonstellationen und den hohen Grad der Internationalisierung des Konflikts auf der koreanischen Halbinsel versperrt. Trotz der zum Teil sehr nationalistischen Diskurse und der durchaus eigenständig bestehenden bilateralen Dynamiken zwischen dem Norden und dem Süden ist der Konflikt eines der letzten Überbleibsel des Kalten Krieges weltweit, dessen Zukunft ebenso wie seine Vergangenheit von den Interessen und dem Zusammenspiel der Großmächte entschieden wird. Die Frage nach der zukünftigen Situation in Nordkorea

und damit der Stabilität des Regimes in Pjöngjang wird in erster Linie davon abhängen, in welchem Umfang und in welcher Tiefe China sich in dem wirtschaftlich abgeschlagenen Land engagieren wird. Aber ebenso werden das innerkoreanische Verhältnis sowie die Haltung der USA zu beiden Seiten bedeutende Einflussfaktoren sein. Die internationale Dimension des Konflikts auf der koreanischen Halbinsel ist also eng verknüpft mit den innenpolitischen Entwicklungen sowohl in Nord- als auch in Südkorea.

Nach den durch verschiedene Zwischenfälle bedingten starken Spannungen im Jahr 2010 hat es im Jahr 2011 vorsichtige Annäherungsbemühungen durch bilaterale Gespräche sowohl zwischen den USA und Nordkorea als auch zwischen Nord- und Südkorea gegeben. Auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Formaten geht es nun auch in 2012 darum, Anknüpfungspunkte zu finden und eine gegenseitige Vertrauensbasis aufzubauen. Dies könnte den Weg ebnen hin zur Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche, von denen Nordkorea sich 2009 zurückgezogen hatte. Der entscheidende Streitpunkt ist hierbei allerdings das nordkoreanische Nuklearprogramm, über das nach wie vor zahlreiche Unklarheiten und unterschiedliche Ansichten bestehen. Während die USA die Einstellung der Anreicherung von Uran für den Bau von Atombomben als die entscheidende Vorbedingung für die Aufnahme der Verhandlungen sehen, betrachten die Nordkoreaner dies als mögliches Endresultat eines längeren Verhandlungsprozesses bei verschiedenen Zugeständnissen und Garantien von amerikanischer Seite.

Neben den beschriebenen, auch weiterhin anstehenden Prozessen des Übergangs in Nordkorea stehen in 2012 auch in vielen anderen Ländern politische Großereignisse an, die potenziell die Situation auf der koreanischen Halbinsel beeinflussen könnten. In Südkorea fanden am 11. April Parlamentswahlen statt, die vorerst der Hoffnung der Opposition auf einen Politikwechsel eine Absage erteilt haben.<sup>1</sup> Wesentlich entscheidender werden allerdings die Präsidentschaftswahlen im Dezember sein, deren Ausgang noch offen ist. Die auf Konfrontation mit dem Norden ausgerichtete Politik der aktuellen Regierung ist während der letzten Jahre in der südkoreanischen Öffentlichkeit stark kritisiert

1. Vgl. Pohlmann, Christoph (2012): *(Noch) kein Politikwechsel in Südkorea: knapper Wahlsieg für Regierungspartei bei Parlamentswahlen*, Friedrich-Ebert-Stiftung; <http://library.fes.de/pdf-files/iez/09029.pdf>.

worden. Die Taktik, durch eine Abnahme der Kooperation mit dem Norden eine Veränderung in der Dynamik des Konflikts zu erzielen, gilt in weiten Kreisen als gescheitert. Die zwischenzeitliche Eskalation und die dadurch entstandene Sicherheitsbedrohung sind auch indirekte Folgen der Abnahme der innerkoreanischen Zusammenarbeit. Falls die liberal-progressive Opposition die Wahlen gewinnen sollte, dürfte es zu einem Kurswechsel in der Haltung gegenüber dem Norden und zu deutlich mehr Kooperationsbereitschaft des Südens kommen. Eine ähnliche Polarisierung bezüglich der Außen- und Sicherheitspolitik existiert, zumindest auf diskursiver Ebene, zwischen Teilen der Demokraten und den Republikanern in den USA. Auch hier könnten die Ende des Jahres anstehenden Wahlen also die Konstellation in grundsätzlich verschiedene Richtungen verändern. Allerdings hat sich die faktische Politik Obamas auf der koreanischen Halbinsel bisher bestenfalls in Nuancen von der Politik der Bush-Administration unterschieden. Die zuletzt häufiger gewordenen, zum Teil geheimen Treffen zwischen den USA und Nordkorea deuten jedoch zumindest darauf hin, dass das Problembewusstsein in den USA diesbezüglich gestiegen ist. Allerdings hat der anlässlich des 100. Geburtstages des Staatsgründers Kim Il-Sung durchgeführte nordkoreanische Raketenstart die vorherige bilaterale Vereinbarung zwischen den USA und Nordkorea über einen Stopp des Atomprogramms obsolet gemacht, sodass die Zeichen nun vorerst wieder auf Konfrontation stehen. Diese zum Teil zeitlich sehr eng beieinanderliegende Parallelität von kooperativen und konfrontativen Elementen mag auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen. Doch dies entspricht auch dem Muster der Entwicklungen aus der Vergangenheit, die von beiderseitiger Unsicherheit und Vertrauensmangel geprägt waren und sind.

Darüber hinaus finden ebenfalls noch in 2012 sowohl in China als auch in Russland – traditionell die beiden wichtigsten Verbündeten Nordkoreas – Machtwechsel an der Staatsspitze statt, auch wenn dadurch keine größeren inhaltlichen Brüche in der Haltung zu Pjöngjang zu erwarten sind. Abgesehen von der direkten Korea-Politik wird aber auch die generelle Entwicklung des Verhältnisses zwischen den beiden Großmächten USA und China von hoher Bedeutung sein. Die angekündigte »Rückkehr der USA«<sup>2</sup> nach Asien hat Anlass für

vielerlei Diskussionen gegeben und könnte auch auf der koreanischen Halbinsel direkte Auswirkungen haben. Die chinesische Regierung beobachtet sehr aufmerksam, wie die Amerikaner versuchen, in ihrem direkten Umfeld strategische Partnerschaften, auch im militärischen Bereich, mit den Nachbarstaaten aufzubauen und zu vertiefen. Letztlich handelt es sich beim innerkoreanischen Konflikt auch um die Frage, wie die USA und China ihre hegemonialen Einflüsse in dieser strategisch bedeutsamen Region nutzen und ausgestalten werden. In welche Richtung sich der koreanische Konflikt bewegt, wird von diesem komplexen Zusammenspiel der internationalen Akteure und deren sehr unterschiedlichen, teils komplementären, teils gegenläufigen Interessen entschieden.

## 2. Die Hauptakteure und deren zentrale Interessen

Eine Untersuchung der zwischenstaatlichen Dynamiken auf der koreanischen Halbinsel auf Grundlage des »nationalen Interesses« als zentraler Analysekategorie durchzuführen, führt notwendigerweise zu einer reduktionistischen Betrachtung, schließlich behandelt man die involvierten Staaten als »black boxes«. Dennoch erscheint dieses Vorgehen angesichts des intransparenten Charakters des nordkoreanischen Regimes sowie des politischen Systems in China als angemessen. In den USA überwiegen bisher geopolitisch-strategische Faktoren in der Korea- und Nordostasienpolitik, wenngleich kurzfristig innenpolitische Erwägungen eine Rolle spielen können. Einzig in der südkoreanischen Demokratie spielt Nordkorea eine wichtige innenpolitische Rolle, seit einigen Jahren allerdings mit abnehmender Tendenz. Im Süden finden sich auch die größten Unterschiede in der Nordkoreapolitik zwischen den wichtigsten Parteien. Im Folgenden werden die strategischen Interessenlagen der vier Hauptakteure Nordkorea, Südkorea, USA und China analysiert, auf die Interessen Russlands und Japans wird kurz eingegangen.

### 2.1 Die strategischen Interessen Nordkoreas

Die Führungseliten im zentralen Herrschaftsapparat in Partei, Militär und Regierung Nordkoreas sind in erster Linie am Überleben des aktuellen Regimes interessiert. Diesem Kerninteresse ordnen sich alle sonstigen Priori-

2. Vgl. Braml, Josef (2012): Die »Rückkehr der USA«: Obamas Asienpolitik, in: *ASIEN* 122, Deutsche Gesellschaft für Asienkunde, S. 57–74.



täten unter. Sichtbarste Folge davon ist die »*songun*« oder »Militär zuerst«-Politik, die der verstorbene Staatsführer Kim Jong-Il auf Basis der *Chuch'e*-Politik des Staatsgründers Kim Il-Sung entwickelt hatte. Regime-stabilität – und damit das sichere Überleben der Machtelite in ihrer privilegierten Position – kann nach dieser Logik nur durch maximale Rüstungsanstrengungen erreicht werden, um ein Mindestmaß an Sicherheit vor externer Invasion und Regimesturz herzustellen. Diesem Denken liegt die jahrhundertelange Erfahrung zugrunde, dass Korea – auch als vereinigtes Königreich – immer schon Spielball von Großmachtinteressen und Gegenstand auswärtiger militärischer Bedrohungen war, bis hin zur Kolonialisierung durch Japan von 1910–45. Der Zusammenbruch des Ostblocks und der faktische Wegfall der Schutzmacht Sowjetunion, kombiniert mit der in wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Hinsicht steigenden einseitigen Abhängigkeit von China, haben Nordkorea auch im militärischen Bereich noch stärker auf Eigenständigkeit setzen lassen. Vor zehn Jahren führte schließlich die Politik der Bush-Administration in den USA, die Nordkorea gemeinsam mit Iran und Irak auf die »Achse des Bösen« setzte und in den Irak einmarschierte, dazu, dass die nordkoreanische Führung endgültig von der Notwendigkeit eines nuklearen Abschreckungspotenzials überzeugt wurde. Angesichts der sicherheitspolitischen Fixierung Nordkoreas auf die USA kann deshalb auch die aggressive und – mit Blick auf den Irak-Krieg – völkerrechtswidrige Außenpolitik der US-Regierung unter Präsident G.W. Bush als in hohem Maße mitverantwortlich für den ausbleibenden sicherheitspolitischen Erfolg der Sonnenscheinpolitik Südkoreas unter dessen damaligen liberalen Regierungen angesehen werden.

Auch wenn Nordkorea sicherheitspolitisch durch die militärische Aufrüstung (etwa 25 Prozent des Staatshaushalts werden für das Militär ausgegeben) inklusive des Nuklearprogramms sowie wiederholte militärische Zwischenfälle für viele Beobachter als unberechenbarer Akteur und das größte Sicherheitsrisiko in Nordostasien erscheint, so ist dies bei genauerer Betrachtung eine verkürzte Sichtweise. Schließlich erklärt Nordkorea seit Jahrzehnten in konsistenter Weise, dass es vor allem eine Normalisierung der Beziehungen zu den USA und einen Friedensvertrag mit den USA (und Japan) anstrebt. Gleichzeitig erwartet man glaubhafte Sicherheitsgarantien seitens der Vereinigten Staaten. In diesem Zusammenhang haben hochrangige Vertreter

Nordkoreas mehrfach den Wunsch erklärt, dass im Falle eines Friedensvertrags mit den USA der amerikanische nukleare Schutzschirm auf Nordkorea ausgedehnt werden sollte.

Die Forderungen Nordkoreas nach Normalisierung und Sicherheitsgarantien gegenüber den USA erscheinen angesichts der prekären Sicherheitslage auf der koreanischen Halbinsel als gerechtfertigt; immerhin liegt das Ende des Korea-Krieges fast 60 Jahre zurück, und jeder Besuch der Demilitarisierten Zone am 38. Breitengrad zwischen Nord- und Südkorea verdeutlicht die Absurdität der Situation. Das Ziel einer friedlichen Koexistenz der beiden koreanischen Staaten wäre im Übrigen idealerweise Voraussetzung für einen Prozess der weiteren Annäherung, die in eine spätere Wiedervereinigung münden könnte. Das Hauptproblem zur Überwindung des nach wie vor bestehenden Sicherheitsdilemmas sind die unterschiedlichen Auffassungen Nordkoreas auf der einen sowie der USA, Südkoreas und Japans hinsichtlich des »*sequencing*«, also der Schrittfolge von Normalisierung der Beziehungen (inklusive Wirtschaftshilfe) und Denuklearisierung, auf der anderen Seite. Diese Frage sowie das Problem der Überprüfbarkeit der nuklearen Abrüstung seitens Nordkoreas hat sich bisher immer als größtes Problem in den Bemühungen um Frieden und Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel gezeigt, sowohl in den 1990er Jahren mit dem *Agreed Framework* als auch im Kontext des Prozesses der Sechs-Parteien-Gespräche.

Letztlich ist davon auszugehen, dass Nordkorea nur am Ende eines langen Prozesses der Vertrauensbildung in Verbindung mit umfangreichen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gegenleistungen bereit sein wird, sein Atomprogramm aufzugeben. Schließlich dient das Nuklearprogramm für Nordkorea sowohl zur Abschreckung als auch – und wohl noch wichtiger – als einzig wirkungsvoller »*bargaining chip*« in den Verhandlungen mit den USA, um diese zu Konzessionen zu zwingen. Darüber hinaus ist das Atomprogramm der einzige nach innen vorzeigbare Erfolg der koreanischen Führung, die ansonsten ökonomisch wie humanitär im Vergleich zu den anderen Staaten der Region wie auch zur Zeit des Kalten Krieges nur Misserfolge vorweisen kann.

Wirtschaftliche Entwicklung durch Reintegration in den Weltmarkt und Emanzipation von der einseitigen Abhängigkeitssituation von China ist deshalb ein wei-

teres prioritäres Interesse Nordkoreas. Es tritt aber zumindest solange deutlich hinter das vor allem auf Sicherheit gründende Stabilitätsinteresse zurück, wie die Bevölkerung durch den totalitären Machtapparat unter Kontrolle gehalten werden kann. Darüber hinaus hat die Hungersnot in den 1990er Jahren mit hunderttausenden Toten zweierlei erschreckende Dinge gezeigt: zum einen, welches Leid die Führung bereit ist in Kauf zu nehmen; zum anderen, dass die Bevölkerung enorme Härten erträgt, ohne auf von außen erkennbare Weise ernsthaft gegen das Regime zu revoltieren. Auch vor diesem Hintergrund erscheint eine wirtschaftliche Systemtransformation und Öffnung analog dem Beispiel Chinas der nordkoreanischen Regierung in der derzeitigen wahrgenommenen Bedrohungssituation als viel zu risikoreich und unkontrollierbar für die Regimestabilität. Es müssten sich also zunächst die sicherheitspolitischen Umfeldbedingungen in Nordostasien grundlegend und nachhaltig ändern, bevor das Regime von sich aus zu umfangreicheren wirtschaftlichen und sozialen Reformen bereit sein könnte.

Die Wiedervereinigung Koreas liegt nicht im prioritären strategischen Interesse Nordkoreas. Zwar hat der Staatsgründer Kim Il-Sung im Jahr 1980 dafür einen Plan entwickelt, und sein Sohn Kim Jong-Il hat das Ziel einer Wiedervereinigung in den beiden innerkoreanischen Gipfeltreffen 2000 und 2007 bekräftigt; dennoch ist davon auszugehen, dass jenseits der offiziellen Rhetorik die nordkoreanische Führung unter den gegenwärtigen Bedingungen keinerlei Interesse an einer Wiedervereinigung mit dem Süden hat. Zumindest würde ein angesichts der enormen wirtschaftlichen Disparitäten entstehender »Anschluss« des Nordens an den Süden nicht im Interesse der politischen Eliten des Nordens sein.

## 2.2 Die strategischen Interessen Südkoreas

Südkorea ist der einzige der hier betrachteten Staaten, in denen es größere programmatische Unterschiede zwischen politisch und gesellschaftlich relevanten Akteuren gibt, die sich auch auf der Ebene der Artikulation und Umsetzung außen- und sicherheitspolitischer Interessen auswirken. Dabei eint die verschiedenen Lager das Interesse an Stabilität zugunsten eines möglichst vorteilhaften Wirtschafts- und Investitionsklimas. Außerdem besteht ein übergeordnetes Interesse daran, die militärische Allianz mit den USA sowie die US-amerikanische

Truppenpräsenz bis auf Weiteres zu erhalten und gleichzeitig die überwiegend guten bilateralen Beziehungen zu China nicht zu gefährden.

Mit Blick auf Nordkorea verfolgen sowohl das liberale bis liberal-progressive als auch das gemäßigt bis rechtskonservative gesellschaftspolitische Spektrum das Staatsziel der Wiedervereinigung. In den vergangenen 15 Jahren sind jedoch große Unterschiede im Politikansatz deutlich geworden. So verfolgten die beiden liberalen Präsidenten Kim Dae-Jung und Roh Moo-Hyun mit der »Sonnenscheinpolitik« eine Politik der Entspannung und Annäherung, die sich an der Brandt-Bahrschen Ostpolitik orientierte. Sie ermöglichte Maßnahmen der Vertrauensbildung, der humanitären Hilfe und der wirtschaftlichen Kooperation auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene und fand ihre offiziellen Höhepunkte in den beiden Gipfeltreffen 2000 und 2007. Allerdings blieb die Sicherheitslage prekär, nicht zuletzt wegen des nordkoreanischen Atomprogramms. Somit sah sich der konservative Teil der insgesamt hoch polarisierten südkoreanischen Gesellschaft ebenso wie die konservative politische Elite in ihrer Argumentation bestätigt, dass die Sonnenscheinpolitik aufgrund ihrer mangelnden Reziprozität einseitig viel Geld kostete (ca. 8 Mrd. US-Dollar zwischen 1997 und 2007), aber letztlich nur zur Regimestabilisierung im Norden führe.

Der amtierende konservative südkoreanische Präsident Lee Myung-Bak setzte dementsprechend einen radikalen Politikwechsel gegenüber Nordkorea durch. Zwar proklamierte auch er das Ziel einer Wiedervereinigung durch schrittweise Angleichung der Systeme – vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht – setzte aber die Annäherungspolitik aus und verfolgte stattdessen eine Politik der Eindämmung Nordkoreas unter Verstärkung der Militärallianz mit den USA. Die nordkoreanischen Atomwaffentests und wiederholte militärische Zwischenfälle erleichterten diesen Hardliner-Kurs. Für Hilfsleistungen und sonstige ökonomische Anreize gegenüber Nordkorea wurden Konditionalitäten gesetzt. Hinsichtlich der Frage der Denuklearisierung ging die südkoreanische Regierung noch über die US-Regierung hinaus und verlangte, dass sie Ausgangspunkt einer umfassenden Verhandlungslösung sein müsse, nicht das Ziel eines längeren, vertrauensbildenden Prozesses. Resultat dieser Politik war und ist eine Stärkung der Falken-Fraktion in der nordkoreanischen Führung und eine völlige Zerrüttung der offiziellen bilateralen Beziehungen zwischen

Nord- und Südkorea. Es ist ein Klima des Misstrauens entstanden, das im Falle militärischer Zwischenfälle ein nicht zu vernachlässigendes Eskalationspotenzial in sich birgt. Zudem scheint die US-Regierung unter Präsident Obama weder den Willen noch die Fähigkeit aufzubringen, Südkorea in die Schranken zu weisen und eine stärker vermittelnde Rolle einzunehmen. Dies bestätigt immer wieder die in Nordkorea zur Gewissheit gewordene Vermutung, dass die USA und Südkorea letztlich nur am Kollaps des politischen Systems in Nordkorea interessiert seien und diesen durch ihre Sanktions- und Isolationspolitik auch aktiv herbeiführen wollen.

Inzwischen wächst auch innerhalb der konservativen südkoreanischen Regierungspartei sowie in Teilen der Regierung die Einsicht, dass die Nordkorea-Politik der Regierung Lee Myung-Bak gescheitert ist. Die Sicherheitslage hat sich nach dem Untergang des Cheonan-Kriegsschiffes im März 2010, den Beschuss der Insel Yeonpyeong durch Nordkorea im Dezember 2010 sowie den Raketenstart im April 2012 und einen durchaus möglichen weiteren Atomtest weiter verschärft. Schwere wiegt jedoch, dass man Nordkorea noch weiter in die Arme Chinas getrieben hat und mittlerweile kaum noch über Anreize oder Hebel verfügt, die Politik Nordkoreas zu beeinflussen.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass es infolge der im April 2012 abgehaltenen Parlamentswahlen, jedoch vor allem im Zuge der Präsidentschaftswahlen im Dezember 2012 in Südkorea einen Politikwechsel gegenüber Nordkorea geben wird. Es wird jedoch vom Wahlausgang abhängen, ob das Pendel wieder zurück zu einer Neuauflage der Sonnenscheinpolitik schlägt oder sich eher graduell-pragmatische Änderungen im Rahmen der großen Linien der aktuellen Nordkorea-Politik ergeben.

### 2.3 Die strategischen Interessen der USA

Die strategischen Interessen der USA auf der koreanischen Halbinsel haben sich seit der Regierung Clinton nicht wesentlich verändert. Gegenüber Nordkorea ist Denuklearisierung nach wie vor das Hauptziel, gefolgt vom Interesse an Stabilität in Nordostasien als wichtiger Wirtschaftsregion. Dennoch ist zu konstatieren, dass die koreanische Halbinsel in der außenpolitischen Prioritätenliste gerade der Obama-Administration deutlich

hinter anderen Konfliktregionen wie dem Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika rangiert. Im Vergleich zu früheren Administrationen ist es im Übrigen die sich verstärkende Großmächterivalität mit China, die die Politik der USA gegenüber Nord- und Südkorea immer stärker bestimmt. Vor diesem Hintergrund lässt sich argumentieren, dass die USA ein Interesse an der koreanischen Teilung haben, erlaubt sie doch eine starke US-amerikanische Militärpräsenz in Südkorea. Die einzig akzeptable Alternative aus US-amerikanischer Sicht wäre ein Kollaps Nordkoreas und eine Absorption durch den Süden. Es wäre in diesem Fall davon auszugehen, dass China die fortgesetzte Stationierung der US-Truppen südlich des 38. Breitengrades widerstrebend akzeptieren würde. Auch Südkorea dürfte trotz erwartbarer innergesellschaftlicher Konflikte mit Blick auf das wachsende und übermächtige China sowie die nach wie vor lebendigen Erinnerungen an die japanische Aggressionspolitik mehrheitlich an einem Verbleib der amerikanischen Militärpräsenz interessiert sein. Allerdings wäre ein vereinigtes Korea für die USA schwerer berechen- und kontrollierbar als das aktuelle Südkorea, sodass die USA auch in der Frage der Wiedervereinigung eher am Status quo orientiert sind.

Die geostrategischen Interessen der USA gegenüber China und die Schwerpunktverschiebung der US-Außenpolitik in den asiatisch-pazifischen Raum haben in der Obama-Administration zu weitgehender Inaktivität hinsichtlich einer Bearbeitung des Korea-Konflikts im Rahmen einer Verhandlungslösung geführt. Offensichtlich enttäuscht über den zweiten nordkoreanischen Atomtest im Mai 2009 hat sich Präsident Obama der Hardliner-Politik des südkoreanischen Präsidenten Lee Myung-Bak gegenüber Nordkorea angeschlossen. Diese sogenannte Politik der »strategic patience« bedeutet im Kern, dass Nordkorea nicht für seine militärischen Provokationen sowie seine mangelnde Vertragstreue durch eine »weiche« Politik der humanitären Hilfe, der Wirtschaftskooperation und des Mehrebenen-Dialogs im Sinne der Sonnenscheinpolitik belohnt werden sollte. Jegliche Erpressbarkeit durch Nordkorea wird abgelehnt, stattdessen spielt man auf Zeit und hofft insgeheim auf den Zusammenbruch des nordkoreanischen Regimes – Letzteres seit mindestens 20 Jahren vergeblich.

Seitens der US-Regierung wird darüber hinaus häufig China als mitschuldig an der blockierten Situation auf der koreanischen Halbinsel ausgemacht, weil es angeblich



seinen Einfluss auf Nordkorea nicht ausreichend ausübe. Dabei verkennt die US-Regierung systematisch – oder erzeugt bewusst einen entsprechenden Eindruck –, dass der Einfluss Chinas auf die Außen- und Sicherheitspolitik Nordkoreas viel geringer sei, als viele annehmen. Auch die chinesische Führung scheint regelmäßig verärgert und besorgt über die nordkoreanischen Alleingänge und Provokationen – inklusive der beiden bisherigen nordkoreanischen Atomtests, die bewusst nahe der nordkoreanisch-chinesischen Grenze stattfanden. Aber Nordkorea nutzt geschickt aus, dass China zuallererst an Stabilität in seiner unmittelbaren Nachbarschaft und nicht an einer schwer kalkulierbaren Transformation in Nordkorea interessiert ist und somit kein Interesse daran hat, Nordkorea zu sehr unter Druck zu setzen.

Trotz der aktuellen Kontroverse um den nordkoreanischen Raketenstart, dem in Kürze ein weiterer Atomtest folgen könnte, sind Fortschritte im bilateralen Verhältnis zwischen den USA und Nordkorea und die Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche möglich. Dies hat auch die recht überraschend erreichte Vereinbarung von Peking Ende Februar 2012 gezeigt, bei der die USA im Gegenzug für die Unterzeichnung eines Atom-Moratoriums humanitäre Hilfe für Nordkorea versprochen hatten. Das vorläufige Scheitern dieser Initiative nach dem (missglückten) Raketenstart der Nordkoreaner stellt zwar einen Rückfall dar, zeigt aber die Handlungsmöglichkeiten und Dynamiken, die sich auftun können, wenn auf beiden Seiten der nötige politische Wille vorhanden ist. Eine Wiederwahl Präsident Obamas würde die Chance für neue diplomatische Initiativen der USA bieten, da Obama in seiner zweiten Amtszeit weniger Rücksicht auf innenpolitische Gegebenheiten nehmen müsste.

## 2.4 Die strategischen Interessen Chinas

China ist zuallererst daran interessiert, ein stabiles Umfeld für seine eigene wirtschaftliche Entwicklung und seinen Aufstieg zu schaffen bzw. beizubehalten. Hinsichtlich der koreanischen Halbinsel bedeutet dies, dass China weder an Instabilität in Nordkorea noch an Spannungen zwischen Nord- und Südkorea bzw. einer zu starken Involvierung der USA interessiert ist. Mit Blick auf die Teilung Koreas unterstützt China den Status quo, weil eine Alternative entweder mit der Absorption Nordkoreas durch Südkorea und damit einer Stärkung des mit den USA alliierten Südens eingehen würde oder

mit der Notwendigkeit, dass China Nordkorea besetzt und es zu einer weiteren chinesischen Provinz macht (entweder komplett oder de facto mit offiziell fortgesetzter Selbstständigkeit des Nordens). Letzteres würde hohe finanzielle und administrative Kosten implizieren, weswegen der aktuelle Zustand vorzugswürdig erscheint. Ohnehin kann China momentan die Handelsbedingungen mit Nordkorea diktieren – gerade im Rohstoffbereich (inklusive Seltener Erden aus Nordkorea) eine günstige Situation.

Aus geostrategischer Sicht stellt Nordkorea für China einen Puffer zur US-amerikanischen Militärpräsenz dar, die China bis auf Weiteres im asiatisch-pazifischen Raum ohnehin akzeptieren muss. Gleichzeitig sieht China die Stärkung der südkoreanisch-amerikanischen Militärallianz unter Führung der Präsidenten Lee Myung-Bak und Barack Obama kritisch. Dies gilt auch für den Versuch der USA, die militärische Zusammenarbeit zwischen Japan und Südkorea zu verstärken, um so beide Staaten zu einer offensiveren Balance-Politik gegenüber dem aufstrebenden China zu bewegen.

Nicht zuletzt die Enthüllungen der »Wikileaks«-Dokumente haben gezeigt, dass die chinesische Führung Nordkorea zumindest in Teilen äußerst kritisch gegenübersteht. Aus chinesischer Sicht ist unverständlich, warum Nordkorea sich nicht ebenfalls wirtschaftlich reformiert, außerdem sind das Nuklearprogramm sowie die regelmäßigen militärischen Zwischenfälle ein stabilitätsgefährdendes Ärgernis. Der Verurteilung von Nordkoreas Raketenstart im UN-Sicherheitsrat am 16. April 2012 stimmte China nun ebenfalls zu, was auch die Verärgerung gegenüber dem alleinigen Vorgehen des Regimes in Pjöngjang ausdrückt. Die chinesische Führung hatte gehofft, durch die jüngere Annäherung zwischen Nordkorea und den USA könnte ein weiterer Atomtest verhindert werden.

Es ist durchaus möglich, dass China einer Wiedervereinigung Koreas zustimmen würde – eventuell auch dann, wenn US-Truppen im Land verblieben, solange sie südlich des 38. Breitengrads stationiert würden. Immerhin könnte China davon ausgehen, dass ein vereinigtes Korea selbstbewusster gegenüber den USA auftreten würde als der südkoreanische Teilstaat. Allerdings würde China eine auf Wiedervereinigung abzielende Politik aufgrund seiner derzeitigen Status-quo-Orientierung nicht aktiv unterstützen, sondern stattdessen ver-



suchen, als Gastgeber der Sechs-Parteien-Gespräche die Denuklearisierung Nordkoreas und Entspannung auf der koreanischen Halbinsel voranzubringen.

## 2.5 Die strategischen Interessen Russlands und Japans

Russland und Japan sind zwar integraler Bestandteil der Sechs-Parteien-Gespräche, spielen im Korea-Konflikt aber nicht so eine entscheidende Rolle wie die vier anderen genannten Staaten. Russland ist vor allem daran interessiert, seine Einflussosphäre in Nordostasien zu erhalten oder auszudehnen. Derzeit ist es mit Blick auf die koreanische Halbinsel am Status quo orientiert, da es sich nicht von Nordkorea bedroht fühlt und – anders als für die USA und China – Nordkorea auch keine direkten Kosten für Russland verursacht. Es ist aber davon auszugehen, dass Russland sich einer kooperativen Lösung des Korea-Konflikts nicht verschließen würde, wenn es dadurch profitieren könnte, z. B. durch die Erschließung neuer Geschäftsfelder im Energiebereich oder durch eine bessere wirtschaftliche Entwicklung der an Nordkorea angrenzenden russischen Regionen.

Japan sieht sich selbst und die sicherheitspolitische Stabilität in Nordostasien durch Nordkorea bedroht. Gleichzeitig sorgt es sich um die wachsende Dominanz Chinas in Nordostasien. Es ist deshalb davon auszugehen, dass Japan sich im Korea-Konflikt an den USA orientiert. Dabei würde sich Japan einem Prozess der Stabilisierung und Tauschgeschäften im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche nicht verschließen, wenn Nordkorea glaubhafte Schritte zu Denuklearisierung und Abrüstung unternimmt. Zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen zu Nordkorea und zur Unterzeichnung eines Friedensvertrags würde Japan allerdings auf die Klärung früherer Entführungsfälle von Japanern durch nordkoreanische Agenten bestehen.

## 3. Szenarien zur Zukunft der Halbinsel

Im Folgenden werden bewusst plakativ drei Großszenarien zur Entwicklung der Lage auf der koreanischen Halbinsel im Rahmen eines Zeithorizonts von etwa drei bis fünf Jahren skizziert. Die Szenarien beziehen sich vordergründig auf die zukünftige Entwicklung der internationalen Dimension des Konflikts, wobei davon ausgegangen

wird, dass die jeweiligen außenpolitischen Handlungsweisen der verschiedenen Akteure durch die anstehenden Wahlen bzw. Machtwechsel beeinflusst werden.

### 3.1 »Konfrontation«

Das Negativszenario ist, dass sich die Konfrontation zwischen den beiden Seiten verfestigt und die vorsichtigen Versuche der Annäherung aus 2011 und Anfang 2012 zunichtegemacht werden. Aufgrund der mangelnden Erfolgsaussichten im Hinblick auf die eigenen Forderungen führt Nordkorea weitere Raketen- und Atomtests durch, während auch das Programm der Uran- sowie der Plutoniumanreicherung zur Machtdemonstration nach innen und nach außen demonstrativ fortgesetzt wird. Das konfrontative Verhalten auch auf dem diplomatischen Parkett hat ein vorläufiges Scheitern der Verhandlungen zur Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche zur Folge. Die wenigen informell etablierten Kommunikationskanäle zwischen Nordkorea und den USA werden wieder abgebrochen, ein Klima des gegenseitigen Misstrauens und der Schuldzuweisungen nimmt immer mehr überhand. In der zunehmend aussichtslosen Lage greift das Regime in Pjöngjang letztlich zum Mittel einer militärischen Provokation, um durch die so herbeigeführte Wahrnehmung der Sicherheitsbedrohung seitens Südkoreas und der USA seine Verhandlungsposition vermeintlich zu verbessern. Außerdem wird die Zusammenarbeit mit weiteren »Schurkenstaaten« wie dem Iran in den Bereichen der Atomforschung und der Raketentechnologie vertieft, was weiterhin zur Eskalation der Gesamtsituation beiträgt.

In welche Richtung sich die konfrontative Situation weiterbewegt, hängt wiederum von den Reaktionen der anderen beteiligten internationalen Akteure ab. Im Falle einer Regierung im Süden, die sich weiterhin einer vertrauensbildenden Zusammenarbeit verweigert und ihrerseits auch mit militärischen Mitteln auf die Provokationen aus dem Norden antwortet, könnte es schließlich tatsächlich zu einer größeren Eskalation der Lage kommen. Eine kriegerische Auseinandersetzung auf der koreanischen Halbinsel, sogar bis hin zu einer großen Konfrontation zwischen China und den USA, sei in diesem Szenario zwar sehr unwahrscheinlich, könne angesichts der beschriebenen Wahrnehmungen und der daraus entstehenden Eskalationsmöglichkeiten aber nicht völlig ausgeschlossen werden.

### 3.2 »Wandel durch Annäherung«

Das Positivszenario beginnt mit einer Vertiefung der Kooperation zwischen den beiden Koreas auf der Basis eines gesteigerten gegenseitigen Vertrauens. Der Machtwechsel in Südkorea ermöglicht eine Wiederaufnahme der »Sonnenscheinpolitik« gegenüber dem Norden, was sich in einer vertieften wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Wiederzulassung humanitärer Hilfe und einer schrittweisen Etablierung eines Multiebenendialogs zwischen den beiden Seiten äußert. Dadurch wird auch die Annäherung auf der zivilgesellschaftlichen Ebene wieder ermöglicht. Der wiedergewählte amerikanische Präsident Obama lässt sich vom neuen südkoreanischen Präsidenten davon überzeugen, diese Politik gegenüber Pjöngjang zu verfolgen. Angesichts der neuen politischen Lagen sehen die neu gewählten Regierungen Anfang 2013 eine lange ersehnte Gelegenheit, eine neue diplomatische Initiative gegenüber Nordkorea zu starten. Die kooperativen Kräfte in Nordkorea gewinnen dadurch die Überhand und können sich gegenüber den Skeptikern durchsetzen und aggressive Verhaltensweisen nach außen verhindern.

Durch das gestiegene Vertrauen nehmen die Spannungen zwischen den beiden Staaten auf der koreanischen Halbinsel spürbar ab, was zusätzlich noch durch die Einigung auf ein wechselseitiges militärisches Frühwarnsystem gefestigt wird. Während die südkoreanische Gesellschaft im Hinblick auf den Umgang mit dem Norden zwar weiterhin gespalten ist, sorgen erste Erfolge des Politikwechsels dafür, dass die Mehrheit der Bevölkerung den Kurs der Regierung mitträgt.

Allmählich kommt auch der Prozess der Sechs-Parteien-Gespräche wieder in Gang, wobei bilaterale Gesprächsformate, vor allem zwischen den USA und der DPRK, einen stärkeren Stellenwert bekommen. Schließlich werden die Einigung auf einen Zeitplan und konkrete Umsetzungsschritte hinsichtlich der Ziele der Denuklearisierung, der wirtschaftlichen Kooperation sowie einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der DPRK und den USA erreicht. China fürchtet bei diesem Szenario zwar um seine exklusive Einflussosphäre im Norden, trägt den Politikwechsel aber letztlich aus Interesse an der Stabilität auf der koreanischen Halbinsel mit. Die USA und China vereinbaren schließlich einen gemeinsamen Friedensplan für die koreanische Halbinsel, in dem die zukünftige Sicherheitsarchitektur skizziert wird und der die Interessen der beiden Großmächte wahrt.

### 3.3 »Muddling through«

Das dritte Szenario bewegt sich zwischen der extremen Situation der Eskalation auf der einen und dem aus der Kooperation entstandenen Wandel auf der anderen Seite im Mittelfeld der Skala. Ein wiedergewählter amerikanischer Präsident Obama oder ein moderater Republikaner besitzt weiterhin andere außenpolitische Prioritäten als die koreanische Halbinsel und überlässt den Südkoreanern weitgehend die Hoheit bei der Politikgestaltung. Die Regierung in Seoul hat jedoch keine klare progressive Prägung und verfolgt – auch durch regierungsinterne Konflikte – eine selektive und inkohärente Politik gegenüber dem Norden. Es findet durchaus wieder eine Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit statt, auch in einzelnen anderen Bereichen gibt es sichtbare Fortschritte. Jedoch behält die südkoreanische Regierung die militärische Aufrüstung der vergangenen Jahre bei, ebenso das dominante und bisweilen in mancherlei Hinsicht arrogante öffentliche Auftreten gegenüber dem Norden. Beide Seiten verharren überwiegend in einer passiven, vorsichtigen Haltung und wägen jeden zusätzlichen Schritt angesichts der unsicheren Lage anhand eng definierter, vorwiegend innen- und außenpolitischer Interessen ab.

Da das Misstrauen auf beiden Seiten überwiegt, finden die Sechs-Parteien-Gespräche zwar mehrfach statt – jedoch ohne nachhaltigen Fortschritt oder bedeutenden Durchbruch. Die Rolle Chinas bleibt auch weiterhin ambivalent, da nach wie vor eine große Unsicherheit über die Zukunft der amerikanischen Korea-Politik überwiegt. Eine bessere Abstimmung zwischen den USA und China zum strategischen Umgang mit der koreanischen Halbinsel findet bis auf Weiteres nicht statt. Wie auch in der Vergangenheit ist die nordkoreanische Regierung in der Lage, die Pattsituation geschickt für seine eigenen Belange zu nutzen und sich punktuell Zugeständnisse von den Großmächten abzukaufen. Nach außen sind von nordkoreanischer Seite weiterhin sowohl konfrontative als auch kooperative Ansätze zu vernehmen, wobei die klare Zuordnung dieser Verhaltensweisen zu den verschiedenen Akteursgruppen innerhalb des Systems und die Deutung eventueller innerer Konflikte weiter schwerfällt. Währenddessen geht die Entwicklung des nordkoreanischen Atomprogramms unter den bisherigen Vorzeichen des Unwissens und der Unsicherheit weiter. Außerdem wird die Zusammenarbeit zwischen der DPRK und dem Iran in den Bereichen der Raketentechnologie sowie der zivilen und militärischen Atomforschung fortgesetzt.

#### 4. Ausblick: die Rolle Deutschlands und der EU

Die sicherheitspolitische Lage auf der koreanischen Halbinsel bleibt kompliziert, die aktuelle Situation kann nur als verfahren bezeichnet werden. Die letzten Jahre der Spannungen und Konfrontation bis hin zu militärischen Zwischenfällen haben die Vertrauensgrundlage zwischen den entscheidenden Akteuren stark belastet. Die militärischen und politischen Kosten der gegenwärtigen Situation sind hoch und drohen weiter zu steigen, wenn die Hauptakteure Nord- und Südkorea sowie die USA und China nicht den nötigen Willen und die Fähigkeiten aufbringen, umzusteuern. Dies gilt vor allem für die beiden Koreas und die USA, deren Regierungen allesamt hauptverantwortlich für die aktuelle Situation sind.

Die geschilderten, im Wesentlichen auf eine Beibehaltung des Status quo ausgerichteten außen- und sicherheitspolitischen Interessen dieser vier Staaten stehen jedoch derzeit einem nachhaltigen Politikwechsel hin zu einer Politik der Entspannung, Annäherung und schrittweisen Normalisierung, Abrüstung und wirtschaftlichen Integration entgegen. Daraus ist die Notwendigkeit der Einbeziehung externer Akteure entstanden, um in einer Vermittlerrolle Brücken des Dialogs und der Entspannung zu bauen. Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland bieten sich hier an, weil sie über eigene Erfahrungen bei der Überwindung von Konflikten und Teilung verfügen und zu allen beteiligten Akteuren gute Beziehungen haben. Auch liegen eine Entspannung der Sicherheitslage auf der koreanischen Halbinsel und eine Entschärfung des zunehmenden Großmächtekonflikts zwischen den USA und China im strategischen außenpolitischen Interesse Europas und Deutschlands. Es wird also Zeit, dass Europa eine aktivere und weitsichtigere Außenpolitik in dieser Weltregion spielt und sich nicht wie bisher fast ausschließlich auf Außenwirtschaftsinteressen konzentriert.

Darüber hinaus gilt es, intermediäre Akteure wie die deutschen politischen Stiftungen in ihrer Zusammenarbeit mit Partnern in Nordostasien und in ihrer Arbeit in Nordkorea weiter zu unterstützen. Beispielsweise können *Track II*-Initiativen wie eine kürzlich von der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltete, hochrangig besetzte Nordostasien-Konferenz in New York Impulse für einen Dialog ermöglichen und das gegenseitige Verständnis füreinander erhöhen, im besten Fall auch Vertrauensbildung ermöglichen. Schließlich gilt es, der Zivilgesellschaft so weit wie möglich die Gelegenheit zu geben, über nichtstaatliche Kontakte, Dialogformate und Veranstaltungen zwischengesellschaftliche Prozesse der Annäherung und Versöhnung anzustoßen.

Wenn man Lehren aus der Geschichte ziehen will, lohnt sich vielleicht der Vergleich mit der Situation in Deutschland und Europa in den 1950er und 1960er Jahren: Die beiden deutschen Seiten bewegten sich innerhalb der Dynamik des Kalten Krieges voneinander weg und setzten auf Konfrontation. Ferner existierten keine diplomatischen Beziehungen über die Grenzen der verschiedenen Blöcke hinweg, auch wenn es im Westen keinen gesellschaftlichen Konsens über den Umgang mit dem Osten gab. Erst Willy Brandt und Egon Bahr brachen im Rahmen der Ostpolitik ab den 1970er Jahren mit der »Hallstein-Doktrin« und ermöglichten somit die Überwindung der Situation von Entfremdung und Konfrontation in Europa. Es wäre naiv zu vermuten, dass man die Erfahrungen des KSZE-Prozesses in Europa und der europäischen Integration ohne Weiteres auf die von Nationalismus, Ideologiekonflikten und geostrategischen Machtinteressen geprägte Region Nordostasien übertragen könnte. Eines aber zeigen die gescheiterten politischen Bemühungen der letzten Jahre: Mehr politische Phantasie und Kreativität ist nötig, damit die Staaten und Gesellschaften der Region in nicht allzu ferner Zeit eine gemeinsame Vorstellung oder gar Vision für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Nordostasien entwickeln und schließlich auch umsetzen können.



## Über die Autoren

**Philipp Kauppert** ist Referent für Korea im Referat Asien und Pazifik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

**Christoph Pohlmann** ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Seoul.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien und Pazifik  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Jürgen Stetten, Leiter, Referat Asien und Pazifik

Tel.: ++49-30-26935-7505 / Fax: ++49-30-26935-9211  
<http://www.fes.de/asien>

Bestellungen/Kontakt:  
[Almut.Weiler@fes.de](mailto:Almut.Weiler@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN: 978-3-86498-136-4